

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin. Fernsprecher auf der Reichs-Reliame-Messe: Wilhelm 5744

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend 2. Mai 1925

Verlag und Anzeigenvermittlung Gesellschaft 9-5 Uhr. Verleger: Vormüts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 2506-2537. Fernsprecher auf der Reichs-Reliame-Messe: Wilhelm 5744

## Die Maiseier.

### Starke Beteiligung — ungestörter Verlauf.

Nach den uns vorliegenden Berichten ist die Kundgebung der organisierten Arbeiterschaft in ganz Deutschland ungestört verlaufen und übereinstimmend wird aus vielen Städten gemeldet, daß die Beteiligung an der Kundgebung größer gewesen sei, als im vorigen Jahr, was ein Zeichen für die gesteigerte Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Massen nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahl ist. In Braunschweig, wo die reaktionären Parteien im Landtagsausschuß mit einer Stimme Mehrheit eine „Notverordnung“ im Interesse des Staatswohls beschlossen hatten, wodurch dem 1. Mai der Charakter als Staatsfeiertag aberkannt wurde, hatte dieser Anschlag auf die hergebrachte und den Arbeiterherzen teure Kundgebung die Kluft zwischen unseren Genossen und den Kommunisten für diesen Tag überbrückt und statt der vorher geplanten getrennten Veranstaltungen demonstrierten sie gemeinsam in Versammlungen und durch einen Umzug, und gemeinsam waren auch die abendlichen Veranstaltungen, da das Gewerkschaftskartell die Leitung der Maiseier übernommen hatte. Aus dem Groß-Hamburg-Städtegebiet wird ein überaus imposanter Verlauf der Kundgebung gemeldet, den selbst das besonders schlechte Wetter dieses Maiestages nicht beeinträchtigen konnte. In Leipzig war die Festversammlung im „Parlamentsgarten“ überfüllt, die Abendveranstaltungen überaus stark besucht, während die Kommunisten kaum 2000 Personen, darunter Hunderte Kinder vor das Reichsgericht entbieten konnten. In Mainz waren kommunistische Störungsvorläufe gegen unsere eindrucksvolle Maiseier erfolglos. Zu einer großen Manifestation für die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich wurde die Maiseier unserer Stuttgarter Genossen in der „Liederhalle“. Die Festrede hatte der eine Präsident des deutschösterreichischen Nationalrats, unser Genosse Mathias Ederich-Wien, übernommen.

Ueber den Anschlußgedanken erklärte er, daß die bürgerlichen Parteien in Oesterreich mit der Annahme der Weimarer Verfassung die Lust zum Anschluß verloren hätten, weil ihnen die Deutsche Republik zu freundschaftlich war. Die Christlichsozialen hätten schon mit dem ersten französischen Besatz in Wien partiiert und den Anschluß verraten. Genosse Ederich forderte unter begeisteter Zustimmung der Versammlung den Anschluß aus nationalen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Aber, fügte er hinzu, die Begeisterung der großen Masse der Bevölkerung in Oesterreich ist etwas gedämpft durch die Wahl Hindenburgs. Sie will keinen Reichstums und ist anschlussfreudiger, wenn der Kurs links geht. Uns zwingt zum Anschluß die Lebensunfähigkeit des österreichischen Wirtschaftskörpers, dessen Arterien durchschnitten sind. Am Schluß forderte Ederich auf, der Reaktion den Krieg zu erklären und zu demonstrieren gegen den Zug nach rechts, der sich in der Hindenburgwahl zeigt.

Zu gleicher Stunde demonstrierten auch die Arbeiter Wiens für die Vereinigung mit der Deutschen Republik. In Wien hat von jeher die Maiseier den allergrößten Umfang angenommen, und es wird uns berichtet, daß die Teilnahme an dem Marsch aus den Stadtbezirken auf die Ringstraße und an den vier Mauseperlammlungen vor dem Parlament, dem Rathaus, dem Burgtheater und der Universität noch stärker gewesen sei als im vorigen Jahre. Eine besonders würdige Kundgebung für den Anschluß an Deutschland war die Versammlung vor dem Parlament.

Außer dem Genossen Dr. Deutsch sprach Genosse Hölttermann aus Wagdeburg, Vorsitzender des dortigen Reichsbanners. Dr. Deutsch erklärte, daß auch nach dem Siege Hindenburgs der Anschlußwille der österreichischen Arbeiterschaft hier feierlich bekräftigt werden müsse: „Feierlich erklären wir, daß wir an der Seite der deutschen Genossen in einer großen, einigen deutschen Republik kämpfen wollen. Wir geloben, daß wir treu und fest zur Republik stehen und sie mit allen Mitteln verteidigen wollen.“ Genosse Hölttermann überbrachte die Grüße der reichsdeutschen Sozialdemokraten und Republikaner, insbesondere die Grüße des Reichsbanners an den österreichischen Republikanischen Schutzbund. „Wir haben“, sagte er, „eine Schlacht verloren. Aber Hindenburg hat im Kriege manche Schlacht gewonnen und den Krieg doch verloren. Hindenburg hat eine Schlacht gegen die Republik gewonnen; er wird den Krieg gegen die Republik verlieren, wenn er ihn versucht. Wir in Deutschland sind nicht entmutigt. Wir werden uns von neuem messen im Kampfe um Preußen, und diese Schlacht werden wir nicht verlieren.“ Die Rede Hölttermanns wurde mit großem Beifall und Hochrufen auf die reichsdeutsche Sozialdemokratie aufgenommen. Vor dem Rathaus sprach Bürgermeister Genosse Seib, der ebenfalls die Solidarität mit den reichsdeutschen Arbeitern und die Entschlossenheit zum Kampfe für den Anschluß an Deutschland kundgab. Es dauerte sehr lange, bis die riesigen Versammlungsplätze von den Massen geräumt waren. Am Nachmittag fand vor dem Rathaus ein großes Schautreiben der Wiener Arbeiterturner statt. Abends waren in zahlreichen Theatern und großen Sälen Festlichkeiten und Theateraufführungen.

Die tschechoslowakische Republik hat schon im Beginn ihres Bestehens auf sozialdemokratischen Antrag den 1. Mai zum Staatsfeiertag der Arbeit erhoben. Dem entsprechend trug das Leben in den Städten unserer Nachbarrepublik sonntagscharakter, und in imposanten Umzügen marschierten die Arbeiterparteien der Völker dieses Staates auf. Die in Berlin lebenden Tschechoslowaken versammelten sich aus Anlaß des Staatsfeiertages in einem Saal in der

Ludauer Straße zu einer Feier, an der auch der neue Gesandte, Prof. Dr. Kroska, und das gesamte Personal der Gesandtschaft teilnahm.

In der Republik Polen verlief die Maiseier der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft in vollkommener Ordnung. In Warschau versuchten Kommunisten aus den Vororten auf den Theaterplatz zu gelangen, um die sozialdemokratische Kundgebung zu stören. Die Polizei trieb die Kommunisten auseinander, wobei auf die Polizei geschossen, aber niemand getroffen wurde. Gegen 100 Personen wurden verhaftet.

## Das Eisenbahnunglück im Korridor.

### Die politische Seite.

Die furchtbare Eisenbahnkatastrophe, die sich in der Nacht zum 1. Mai im polnischen Korridor ereignete, und über die wir an anderer Stelle ausführlich berichtet, hat auch ihre bedeutungsvolle politische Seite. Ein deutscher Zug, von polnischen Eisenbahnern durch polnisches Gebiet geführt, war es, der von diesem grauenvollen Unglück betroffen wurde. Die 28 Toten sind zum größten Teil Deutsche, die auf diese Weise aus einem Teil ihres Vaterlandes nach dem andern reisten!

Kein Wunder, daß nun das Korridor-Problem lebhaft erörtert wird. Dieses Problem ist ja schon durch Stresemanns Garantievorschlagn neu aufgerollt worden, der in Polen vielfach als eine Aktion zur Herbeiführung einer anderweitigen Grenzregelung im Osten aufgefaßt wurde. Nun hat die Strömung im deutschen Volke, die nach dieser neuen Grenzregelung hinstrebt, durch das Unglück im Korridor neue Nahrung erhalten.

Die polnische Regierung hat sofort erklärt, daß das Unglück auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen sei. Auch in diesem Fall würde die Verantwortung der polnischen Regierung bestehen bleiben, die nicht für die genügende Sicherheit des Betriebs in ihrem Gebiet zu sorgen weiß. Andere Stimmen, auch polnische, behaupten, das Unglück sei auf eine ungeheuerliche Mißwirtschaft der polnischen Eisenbahnverwaltung und auf die völlige Vernachlässigung der Eisenbahnschwellen zurückzuführen. In diesem Fall würde die Sache für Polen noch ungünstiger liegen, da Polen zu sorgfältiger Instandhaltung der Durchfuhrstrecke nach Ostpreußen vertraglich verpflichtet ist. Auf der anderen Seite versteht sich ein polnisches Blatt zu der Behauptung, es sei ein Attentat ausgeführt worden usw. von „preußischen Agenten“, die damit die Unmöglichkeit des Korridors beweisen wollten!

Schon diese durch keinen Beweis gestützte Behauptung zeigt, welche politische Aufregung durch das Unglück hervorgerufen worden ist. Wenn aber ein an sich unpolitischer Vorfall, wie eine Eisenbahnkatastrophe, sofort zu politischen Erregungszuständen führt, so ergibt sich schon daraus allein ein Rückschluß auf die Ungeundheit der gegebenen Verhältnisse, aber die nachzudenken nun auch das Ausland einigen Anlaß finden wird. Dennoch wäre es falsch, zu glauben, daß das Unglück im Korridor zur Ursache einer entscheidenden Wendung werden könnte. So sehr wir auch eine im Einverständnis der Beteiligten getroffene Neuregelung begrüßen würden, so sehen wir doch einstweilen noch nicht die Ansätze zu ihr.

## Marx und Hindenburg in Preußen.

### Trog Ostelbien — Vorsprung der Republikaner.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind nach amtlicher Zusammenstellung auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl am 26. April im Freistaat Preußen insgesamt 19 034 502 gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen entfielen auf:

Hindenburg	8 827 155
Marx	8 984 030
Thälmann	1 231 451
Zerplittert waren	11 866 Stimmen.

Nach Prozenten berechnet hat Hindenburg 46,3, Marx 47,1, Thälmann 6,5 Prozent erhalten; auf die zerplitterten Stimmen fällt 0,1 Prozent.

## Das Wahlrecht der Alten.

### Was nie im „Vorwärts“ gestanden hat.

Der „Tag“ zitiert einen angeblichen Ausspruch des „Vorwärts“: „Mit dem begonnenen 66. Lebensjahre hätte unbedingt das Wahlrecht aufzuheben.“

Wir stellen fest, daß ein derartiger Unsinn niemals im „Vorwärts“ gestanden hat. In einer nicht parteioffiziellen Zeitschrift, der „Blode“, hat ein Jungsozialist, Gen. Walter Schuhmann, einen wohl nur ironisch gemeinten Gegenstoß gegen die Forderung der Alten gemacht, den Jungen das Wahlrecht zu nehmen. Seinen Vorschlag, es lieber den Alten zu entziehen, wird er wohl selber nicht ganz ernst gemeint haben. Wenn der „Tag“ daraus eine „Aufklärung des „Vorwärts“ macht, so ist das, wenn nichts schlimmeres, eine nicht zu überbietende redaktionelle Leichtfertigkeit.

## Protestantische Katholiken.

### Bayern und Hindenburg.

Von Alwin Saenger, München.

Fürwahr! Dieser königliche Freistaat Bayern ist gesegnetes Land, und die Geschichte politischer Charaktere wird Anfang und Ende dem fröhlichen Treiben der bayerischen Hemisphäre entnehmen.

Zunächst einige Erinnerungen. Das hohenzollerische Kaiserreich, dessen Sturz Rupprecht von Wittelsbach 18 Monate vor dem „Dolchstoß“ in seinem Schreiben an Hertling ankündete, war in das dritte Jahrzehnt längst eingetreten. Eine schwarzweiße Fahne wurde da an einem wilhelminischen Geburstag in der Residenzstadt Würzburg auf einem königlich bayerischen Regierungsgebäude aufgezogen.

Die „Treue zum Reiche, in der wir Bayern uns von keinem übertreffen lassen“, holte sie in 10 Minuten herunter, und ein königlicher Regierungserlaß mußte erst — 25 Jahre nach der Reichsgründung! — Schwarz-Weiß-Rot feierlichst im weißblauen Land sanktionieren. Daher eben stammt heute das rasende Begehren nach der Flagg des protestantischen Imperiums und die freundliche Beschimpfung des Schwarz-Rot-Gold in der Ordnungszelle.

Und dann überhaupt die Preußen. Das katholische „Fränkische Volksblatt“ des verstorbenen Abgeordneten Gerstenberger segnete das Reifestum des Marschallpräsidenten in bayerisch-vorbildlicher Weise in der guten alten Zeit des Jahres 1891: „Deutschland bleibt immer, nur die Form muß wechseln; die preussische Hegemonie ist reif für Vernichtung... Es kann alles unblutig gehen.“ Preußen müsse seine Beute von 1866 herausgeben und Bayern die katholische Vormacht eines „süddeutschen Bundes“ werden. — Wilhelm, der Bielefänger — im Herbst 1888 von der teutschen Treue am Münchener Hauptbahnhof noch respektvoll ausgepiffen — bemühte sich, kaiserliche Krone und Abstände wanderten in katholische Klöster. Und siehe: auf der Rückreise von Palästina, 12 Flaschen Jordanwasser, versiegelt unter der Bagage für künftige Taufzwecke führend, konnte der Herrliche-Mann bereits im Fürstensalon des Münchener Hauptbahnhofes mit dem alten Regenten die ganze bayerische Militärgerichtsbarkeit verfrachten. Aber er blieb ein protestantischer Preuze und schenkte die katholische Kirche doch wohl nur aus der Gesinnung heraus, aus der er französischen Kadelten Schokolade, den Bogen die gepanzerte Faust und irgendein ihm geistig verwandten Orientalen einen Springbrunnen gab. Im Grunde blieb es bei der evangelischen Verachtung der „Ultramontanen, die wert sind, alle aufgehängt zu werden!“ (Siehe Näheres: Briefwechsel mit dem „liebsten Niki“ und Bannstuch über die katholisch gewordene Landgräfin von Hessen.)

Von allem aber: die Katholiken konnten nichts werden. Mit jenem lutherischen Dünkel, der Tradition der sogenannten „gebildeten“ protestantischen Gesellschaft ist, sah man im Katholiken den intellektuell stets und immer Minderwertigen, den Dummen, der nicht ran durfte. Der hofpredigende Gärtner im verwelkten Weinberg des kaiserlichen Herrn, Döring, der tapfere Mitstreiter für die katholische Sache, gibt uns ja noch angemessene Proben, wie es sein soll. Gottlob, daß einer von den Reformierten der Bayerischen Volkspartei den Ruhm auf sich nahm, den Feldmarschall noch dreimal gegebenem Wort umzustimmen. Was wäre aus der seit 60 Jahren ob konfessioneller Imparität lebenden bayerischen Volkseele geworden, wenn sie statt des protestantischen Preußen, des wilhelminischen Generals, den überzeugten Katholiken des Rheinlandes, den katholischen Staatsmann hätten wählen müssen!

Und so erschien — dieses Mysterium wurde in einer Hofbrauhausversammlung der katholischen Volkspartei inmitten der Bierbonzen feierlich verkündet — dem erkrankten Dr. Heim im Fieber — Hindenburg, und der Führer der katholischen Sache ließ die Kunde wörtlich übermitteln: Marx bedeute eine nationale Gefahr. Natürlich dachte Herr Heim bei dieser Feststellung an die Rede Bismarcks, die am 13. Februar 1872 im preussischen Abgeordnetenhause über die nationale Gesinnung des bayerischen Klerikalismus gehalten wurde. Es ist doch wahrlich ein erbärmliches Spiel, daß sich unter den Epigonen der Schädler, Daller und Drerter Leutlein befanden, die jene Romanatur von „national“ und „unnational“ gegenüber den Präsidentschaftskandidaturen anwandten; diese Helden vergaßen in ihrer Begeisterung für den Stockpreußen, daß das Bekenntnis ihrer Ueberzeugung einst mit „nationaler“ Verachtung geschmäht wurde. Und die jüngste Bundesgenossenschaft des bayerischen Ordnungszellen-Katholizismus hat es ja an artigen Komplimenten über „Roms Feind“, „deutsch-protestantische Kulturinteressen“, „katholische Pfaffen“ usw. nicht fehlen lassen. Was Wunder? Schützträger und Knappen der überparteilichen, deutschnationalen Parteikandidatur waren ja die Autochthonen des spezifisch preussischen Protestantismus; wer sich in diese Gesellschaft begibt, muß sich schon etwas Los-von-Rom-Beschimpfung gefallen lassen. Und wenn Wilhelm Marx am Abend des Wahltages von einem offiziellen Führer der Bayerischen Volkspartei öffentlich durch die dreiste Behauptung verdächtigt werden konnte, die Kommunisten hätten für ihn gestimmt, dann kann man auch den Evangelischen Bund, Erich Ludendorff und die lutherischen Hofprediger a. D. in die katholische „Niki-Marx“-Kunde mit einbeziehen. Herr v. Heim freilich nahm in der Zeitung, die ihn zwei Jahrzehnte hindurch, in beispielloser

Die beschimpft hatte, den Kampf für die preussische Restauration auf und warf gegen Marx die Frage auf: „Sage mir, wenn du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!“

Da dachte die protestantische Ueberzeugungstreue des bayerischen Katholiken an das klassische Wort seines verstorbenen Parteifreundes Dr. v. Daller: „Wir sind drei Sozialdemokraten lieber wie fünf Liberale“, an das Bekenntnis des einstigen Herrn Stadtpfarrers von Ingolstadt und bayerischen Landtagsdeputierten Kohl: „Nur die Sozialdemokraten kommen in Betracht als wahre Bundesgenossen“, an den Schmerzensschrei seines Parteifreundes Hochbrunner in der Reichstagsversammlung zu München ob der Niederlage der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen 1907: „Der liberale Wahlsieg ist errungen worden mit Unterstützung der besten katholischen geistlichen Behörden (stürmische Pfui!-Rede). Es wird aber die Zeit kommen, wo diese „Herren“, unsere angeblichen Freunde, froh sein werden, wenn wir wieder unterstützen.“

Herr Dr. Georg Heim dachte an die der sozialdemokratischen Parteileitung der Rheinpfalz übermittelte Bitte des Herrn v. Bettlinger: „die roten Stimmzettel ihm rechtzeitig zuzufenden, damit er sie am Sonntag nach der Kirche an seine Pfarrkinder abgeben könne.“ Und an manches andere dachte Herr Heim auch noch ...

Welche Farbenschattierung dieses königlich bayerischen Schwarz-Rot gegenüber dem heutigen Zusammengehen um einen einzigen legitimen Frage der Verfassungsintegrität haben!

Ber am 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier“ über die patriotischen Gedanken der „vorübergehenden Reichszertrümmerung mit Eifer verfolgt, mag sich willig mit den protestantischen Kräften der preussischen Restauration verbinden. Solche katholischen Kämpfer mißbilligen selbstredend die großen Ausgaben eines republikanischen Deutschland, die identisch mit den Zielen sind, die man im Friedenshinterbrief des deutschen Episcopats 1923 nachlesen kann. Die „Gesellschaft des Herrn Wilhelm Marx hat immerhin nach dem Zeugnis des „Bayerischen Kurier“ (24. April 1925) dieses Verbrechen verübt: „Der Vatikan weiß sehr wohl, daß die katholische Kirche in Deutschland unter der Weimarer Verfassung mehr Rechte und Freiheiten genießt als früher. Er weiß auch, daß die deutsche Zentrumspartei in der Zeit ihres Zusammengehens mit der Sozialdemokratie niemals kirchliche Interessen preisgegeben habe oder gering geachtet hat. Er hat aber auch noch nicht vergessen, daß die päpstliche Friedensaktion während des Weltkrieges nicht von denjenigen Kreisen gehemmt und gestört worden ist, die jetzt Marx zum Reichspräsidenten wählen wollen.“

Bleibt als Endergebnis die mehr ernste als heitere Frage: was ist erträumter, erhoffter oder versprochener Preis für diese urbayerische Metamorphose im Schatten des hannoverschen Generalstabes? Etwas muß doch wohl im Hintergrunde warten, wenn man Treibion, Hoffnung, Anspitze, wenn man schließlich alles, was im Namen des Katholizismus seit zwei Menschenaltern verlangt und begehrt wurde, unter freudlichem Juchzen der Verkünder des Herrn Doktor Martin Luther in die Kisten packt. Sollte etwa der Dank für die tolle Selbstverleugnung, für diese selbstlose Hingabe an das Werk des in Bayern ja immer heißgeliebten Otto v. Bismarck einst dem Hause Wittelsbach zufallen? Konkurrenten zwecks Forderung des Rupertus Rex? Ausgeschlossen! Diese protestantischen Katholiken tun alles nur „um des Vaterlandes willen“.

Die Interparlamentarische Friedensunion hält in Paris eine Leitungsitzung ab, an der u. a. Dr. Wirth und unsere Genossen Löbke, Breitscheid teilnehmen.

### Die Schwankende KPD. Für Selbstkritik, Kompromisse (!) und Unterstützungs-angebote.

Der Zentralvorstand der Berliner KPD. hat am 29. April nach einem Referat Ruth Fischers und ausführlicher Debatte eine klumpeartige Resolution beschlossen, in der es u. a. heißt:

Die Verluste, die wir bei verschiedenen Parlamentswahlen, in einzelnen Gewerkschaften und Betrieben erlitten haben, zwingen zu einer ernsthaften Prüfung der Parteiarbeit. Das Wesen der Bolschewisierung besteht in erster Linie in einer rücksichtslosen Selbstkritik, und wir können und müssen diese Kritik um so schärfer ansehen, als wir wissen: Die Linie unserer Partei, die Linie Frankfurt und des 5. Weltkongresses ist absolut richtig. An ihr darf nicht gerüttelt werden!

Es ist eine etwas komische „Selbstkritik“, die an vorgefaßten Beschlüssen „nicht rütteln“ darf. Aber hebt man vielleicht die radikalen Grundsätze deshalb so hoch, weil man in den Niederungen einer opportunistischen Tagespolitik möglichst wenig von ihnen gestört sein will?

Wiederholt wird in der Resolution betont, daß die „ideologische Festigkeit“ der Mandatierfähigkeit der Partei nicht zum Schaden gereichen dürfe. Ausführlich heißt es darüber:

Bei jedem Mandat, das die Partei zur Vorbereitung und Organisation der Revolution durchführt, gelten für uns folgende Grundsätze, die die bolschewistische Taktik von der Brandiers unterscheiden:

1. Die Partei muß lernen, daß Kompromisse, Unterstützungsangebote und dergleichen gegenüber dem Scheiternpublikanischen Flügel der Bourgeoisie (zu dem selbstverständlich die SPD. als bürgerliche Arbeiterpartei gehört), zum Zwecke der Entlarvung ihrer Scheinopposition möglich und nützlich sind. Dabei können wir niemals auf unser selbständiges Auftreten als Klassenpartei des Proletariats verzichten, wird dürfen niemals in der „Republik ohne Republikaner“ die wahren Republikaner sein. Wir müssen immer betonen, daß wir in der bürgerlichen Republik, weil in ihr die Klassegegensätze am schärfsten hervortreten, nur einen besseren Kampf Boden zur Erreichung unseres Zieles der Rätemacht sehen als in der Monarchie.

2. Während die Reformisten in der bürgerlichen Demokratie den Weg zum kampflösen Hineinwachsen in den Sozialismus erblicken, darf die kommunistische Partei niemals verschleiern, daß sie zwar bereit ist, für jede, auch die kleinste Reform (zum Beispiel Steuererleichterungen), die dem Proletariat nützen könnte, zu kämpfen, daß man aber niemals „im Rahmen der Demokratie“, sondern nur durch das Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparates und seine Ersetzung durch den proletarischen das Ziel der Arbeiterklasse erreichen kann.

3. Die kommunistische Partei ist die einzige proletarische Arbeiterpartei. Sie kann also niemals die Sozialdemokratie, die eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, vom „linken Flügel der Bourgeoisie aus den rechten Flügel der Arbeiterklasse herüberziehen“. Deshalb ist jede Veröhnung mit der SPD. und den opportunistischen Elementen in den Komintera, die die von uns angestrebte proletarische Einheitsfront in den Betrieben und Gewerkschaften in eine Veröhnungspolitik zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Arbeiterpartei verfälschen wollen, unmöglich.

Das ist ein ganz niedlicher opportunistischer Eieranz! Zunächst wird die Sozialdemokratie, die bisher schlechtlich eine „bürgerliche Partei“ war, um einen heraufgeholt; sie heißt jetzt „bürgerliche Arbeiterpartei“ (was etwa so sinnlos ist, wie „trockenes Wasser“ oder „viereckige Kugel“). Dann erklärt man sich bereit, genau so wie es diese „bürgerliche Arbeiterpartei“ tut, „für jede, auch die kleinste Reform zu kämpfen, die dem Proletariat nützen könnte“. Man erklärt sich bereit — die Feder sträubt sich, es niederzuschreiben — Kompromisse einzugehen und Unterstützungsangebote an die Sozialdemokratie zu richten. Aber in demselben Atemzug predigt man „Unveröhnlichkeit“ nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die opportu-

nistischen Elemente der eigenen Partei, und versichert, die Kompromisse und Unterstützungsangebote seien gar nicht ernst gemeint, sondern dienten nur dem mit Recht so beliebten Zweck der „Entlarvung“.

Sachlich bedeutet diese Resolution eine Verurteilung der Thälmann-Kandidatur. Denn wenn man bereit ist, „auch für die kleinste Reform zu kämpfen, die dem Proletariat nützlich sein könnte“, dann darf man den Weg zu solchen Reformen nicht verbauen, indem man dem Proletariat mit Vorbedacht einen Hindenburg vor die Nase setzt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß den Verfassern der Resolution diese Konsequenz zu Bewußtsein gekommen ist. Ihre Absicht war offenbar nur auf das eine Ziel gerichtet, sich irgendwie herauszuschwindeln. Das Ergebnis ist ein Schriftstück, das zehn Meilen gegen den Wind nach „Opportunismus“ stinkt. Man weiß, daß es nicht weitergeht, wie bisher, hat aber nicht den Mut, es gerade herauszusagen.

Das ist nicht mehr der Anfang vom Ende, das ist schon das Ende vom Ende!

### Konrad Haenisch's letzte Fahrt. Trauerfeier in Wiesbaden.

Wiesbaden, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag vormittag fanden im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Regierungspräsidenten Genossen Konrad Haenisch statt. Der Parteivorstand war durch den Landtagspräsidenten Genossen Bartels vertreten. Er legte am Sarge des allzu früh verstorbenen Parteifreundes als letzten Dank für die der Partei geleisteten treuen Dienste einen großen Lorbeerzweig nieder. Endlos war die Fülle an Blumen und Kränzen, die für die Anhänglichkeit des großen-Freundestreffes sprach, dessen sich Haenisch immer gern erinnert und dessen er stolz war. Der große Sitzungssaal des Regierungsgebäudes war im Sinne des Verstorbenen mit schlichtem Trauerschmuck ausgestattet. Die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, für die Haenisch auch in den schlimmsten Zeiten einstand, bedeckten seinen Sarg. Die eigentliche Trauerfeierlichkeit wurde durch einen Trauermarsch von Beethoven, vorgetragen vom städtischen Kurorchester, eingeleitet. Anschließend schilderte der Vizepräsident der Regierung in Wiesbaden die Persönlichkeit und das Wirken des Regierungspräsidenten Dr. Haenisch. Ihm folgte als zweiter Redner der preussische Kultusminister Dr. Becker, der lange Jahre als Staatssekretär mit Haenisch zusammengewirkt und den Verstorbenen besonders zu schätzen gelernt hatte. Der Priester-Gesang aus der „Auberge“ schloß die einfache, aber würdige Feier. Dann bildete sich ein gewaltiger Trauerzug unter Vorantritt des Reichsbanners, der die Leiche nach dem Nordfriedhof geleitete.

Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes erließ anlässlich des Todes seines ersten Vorsitzenden, Haenisch, eine Trauerkundgebung, in der es heißt:

„Mit Konrad Haenisch, dem unermüdeten Schaffenden und rastlosen Wirbenden, tragen die deutschen Republikaner einen ihrer Besten zu Grabe. Hervorgegangen aus den breiten Schichten der sozialistischen Kämpfergemeinschaft, an der er in treuester Kameradschaft stets festhielt, wurde er zum Bannerträger der großen Idee eines neuen Deutschlands, eines Deutschlands der nationalen republikanischen Staatsidee, des kulturellen und sozialen Fortschrittes. Wie die unendliche Güte und Weite seines Herzens und die Abgeklärtheit seines Willens ihn zum treuen Berater und Berater seiner Freunde werden ließen, ward er zugleich durch die Kraft der ihn beherrschenden Idee zum Meister des geistigen politischen Kampfes. Der Deutsche Republikanische Reichsbund trauert gemeinsam mit allen Republikanern in Groß-Deutschlands Bauen um seinen so früh verlorenen Führer.“

In der Wahlprüfungssache, betreffend die Wahl des Reichspräsidenten, ist Termin zur öffentlichen mündlichen Verhandlung auf Freitag, den 8. Mai 1925, vormittags 11½ Uhr, anberaumt worden.

### Unserm gefallenem Kameraden!

Die Schwarz-Rot-Gold! Laßt uns die Fahnen neigen,  
Dem toten Freunde letzten Gruß zu bringen.  
Er fiel in einem weihenollen Ringen,  
Und höchstes Zeugentum war ihm zu eigen.  
Es rast durchs Land in grauenvollem Reigen  
So Trug wie Nord, die Freien zu bezwingen.  
Doch nimmerdar wird es dem Pah gelingen,  
Zum Sieg sein blutbesiedelt Banner zu zeigen.  
Du bist als Proletar dahingefunken  
Im großen Kampf für einen freien Staat,  
Den nie die frechen Schelme uns zerdrücken.  
Woh! präht der Feind den Siegestrunken,  
Und doch! Die reinen Schwüre soll er hören:  
Wir hatten Treue, toter Kamerad!

Henning Duberstadt.

Kaiser von Trade Hefterberg, Mag Walbert und Kurt Bois. Im Deutschen Künstler-Theater wurde dieser Mai geistert zusammen mit einem neuen Theaterstück von Richard Kähler und einer neuen Musik von Hugo Hirt. Das heißt, beides ist nicht neu und nur wieder hübsch aufgebügelt. Der Titel über dem Ganzen „Monieur Trulala“. Es soll französisch sein, es ist Gottscheid ziemlich berlinerisch. Herr Emil, sonst Herren- und Damenschneider, geht nachts auf den Montmartre und da posiert ihm afferhand, was den Finanzen nicht dienlich ist. Oben auf dem Montmartre reihen sich die Wädel um ihn, indem sie ihn Herr Trulala laufen. Unten, im Zenitum von Paris, fliehet er Kardinals und Könige ein. So kommt auch der König von Katalonien zu Trulala. Hummelbrüder sind beide natürlich, und aus dieser Verwandtschaft folgt alles andere: die Tänzerin, mit dem schönen oder deutschen Namen Udo, und die Beischwester mit dem geschwollenen Scherzuch usw. usw. Kurz, man amüsiert sich über Walbert, Bois und Hefterberg, die sich selber parodieren, die prächtig bei Stimmung sind, die wirklich einen famosen Witz repräsentieren, sehr gut. Die Operette ist dabei gleichgültig. Von diesen drei Künstlern geht ununterbrochen Heiterkeit aus. Man lacht und dankt. Man tut es im Deutschen Künstler-Theater übrigens sehr laut, und pödyig steht an jedem Aktluß auf der Bühne eine glückliche Familie von Coupletreimern und Kapellmeistern und Langmeistern, die offenbar alle zum Gelingen dieser Meisterleistung beitragen. R. S.

„Der Obersteiger.“ Wir sind durch die Operettenaufführungen Stadts im „Großen Schauspielhaus“ so veröhnt, daß wir nur mit Vorzicht feststellen: dieser „Obersteiger“ ist ein Herabsteiger. Das gilt zunächst vom Werk selbst. Gemüht hat es Wiener Schumann und die Dreierleitbewegung, hat hüben Schmelz und heitere Berggassen. Aber bis zu dem großen Schluger, der einst den Bellerophon bestimmte, dauert es gemessene zweieinhalb Stunden, die ausgefüllt, ausgepolzt sein müssen. Und dafür reicht, bei aller

feinen Arbeit des begabten Strauß-Radschuhers, Jeller, der Gehalt an sanft überstaubten Weisen und Liedern nicht mehr. Ein Girardi könnte das alles noch retten. Johannes Müller, der „Obersteiger“, ist ein so begabter, dabei natürlicher und angenehmer Spieler, daß man ihm nur wünschen muß, so schnell als möglich seine launigen und näselnden Singmanieren abzulegen. Mit dem Refrain seines Schlagers: „Sei nicht böß“, rührte er empfindlich an die Herzen. (Sei nicht böß!) Kuhnert ist neben diesem gleichentwickelten Tenor ein Gigli in der Westentasche. Die beiden Frauen Appelt und Jampa konnten an einer Stätte, wo sonst die Willkomm und Teilmann wirkten, weder nach dem Geich der optischen, noch nach dem akustischen Schönheit Glanz ausstrahlen. Eine bessere Regie hätte die beiden Frauen, besonders Voite Appelt, auch fülgemäher anziehen lassen. Josefina Dora, Wilhelm Bendow und Julius Brand regten die Lustmusik an, oft improvisierend; Hermann Ludwig dirigierte behutsam, sachlich, gut vorbereitet, ohne das Tempo so zu bestügeln, daß aus alten Saattörnern frische Halme geschossen wären. R. S.

Bühnenplunder. Nachdem Alexander Dumas mit seiner „Kameliedame“ trotz der Bergner vor kurzem im Deutschen Theater durchgefallen war, reiste bei der Direktion Kotler der Wunsch, die Ueberlebtheit des französischen Autors vollends zu erweisen. Schon studiert sie seine „Demimonde“ ein. Und richtig. Der gute Dumas erlebte den zweiten Durchfall. Diesmal im Vesting-Theater. Das einzige, was an dem 1855 entstandenen und heute bereits jahrhundertalten Stück wertvoll erscheint, ist das von Dumas erfindene, nunmehr geflügelte Wort „Demimonde“. Das allein hat seine Zeit überlebt. Im übrigen erscheint uns keine Distussion über das äußerlich glänzende und innerlich angefaulte Müsteu der eleganten Halbwelt wie eine langweilige Vorlesung über einen jedermann bekannten Gegenstand. Immerhin — Leopoldine Konstantin hat eine Bombenrolle. Wie immer ist sie bezaubernd. Die possendeste Dame von Welt, heftigst, reizvoll im instinktivsten Kitzeln und im berechneten Schmolzen. Sie kokettiert mit ihrer gewollt affektierten Aussprache und mit einem Singen in der Stimme. Ihr gold der Beifall. Auch Olga Limburg stellte eine lebensvolle Gestalt heraus, ein großsprecherisches, ewig hastendes Dämchen mit hautgüt, die noch was gelten will, auch wenn ihr das Wasser bis an die Kehle steht. Adèle Sandrod rief tüchtige Erinnerung an den großen Emanuel Reicher wach. Auch der hatte seine Rolle nie gelernt. Wie bei ihm hörte man bei der Sandrod ein Echo. Ein vertehrtes Echo. Leise und flüchtig der Lirton (vom Souffleur), laut und tonend das glückselig erhaltene Bühnenwort. Schröder-Salom eine glatte Fehlbildung. Statt eines wügelwandten Kavalliers mimte er den übigen Gefühlsführer eines Weinrestaurants, der verpflichtet ist, mit schlecht angelegener Eleganz die Gäste zu begrüßen. Dgr.

Ein Wolga-Don-Kanal. In Rußland beschäftigt man sich zurzeit mit einem Projekt, das große Bedeutung für die Welt handelsbeziehungen haben kann. Es handelt sich um eine Kanalverbindung zwischen der Wolga und dem Don, die den Wolgashiffen die freie Ausfahrt zur offenen See im Süden ermöglichen soll. Die Wolga, bekanntlich der größte Fluß Europas, ist die wichtigste Wasserverkehrsstraße Rußlands. Durch das sogenannte Marien-Kanal-

System ist sie mit der Newa, dem Finnischen Meerbusen und der Ostsee verbunden. Russisches Getreide geht aber in großen Mengen auch nach Italien und Südrussland, hauptsächlich für diese Transporte ist der neue Kanal gedacht. Er soll in einer Ausdehnung von 100 Kilometern zwischen den Städten Sarajewo an der Wolga und Kalasch am Don gebaut werden und die Wolga mit der offenen See bei Noworossisk am Schwarzen Meer verbinden. Der Hafen von Noworossisk soll ebenfalls umgebaut werden, um die Einfahrt von großen Seedampfern zu ermöglichen. Sobald auch der Rhein-Donau-Kanal fertiggestellt sein wird, werden die russischen Exportwaren — hauptsächlich Getreide und Rohstoffe — von der Wolga und aus Südrussland durch den Don-Kanal über Noworossisk auf direktem Wege durch die Rhein-Donau-Wasserstraße über Deutschland nach der Ostsee und weiter nach England, Holland, Belgien und Nordfrankreich verschifft werden können. Denselben Weg können Waren aus den genannten Ländern nach Südrussland benutzen. Die Kosten des gewaltigen Projektes sind auf 150 Millionen Rubel veranschlagt. Die mittelmäßige Arbeitsdauer dürfte fünf bis sechs Jahre betragen.

Massen-Selbstmord als Streikfundgebung. Der die japanische Provinz Nachioshi durchziehende Expresszug wurde dieser Tage etwa 30 Kilometer vor Tokio durch ein ungewöhnliches Verkehrshindernis zum Halten gezwungen. Fünfzig koreanische Arbeiter, die Grund zu haben glaubten, mit ihrem Arbeitgeber unzufrieden zu sein, hatten nämlich den sonderbaren Entschluß gefaßt, sich zum Zeichen des Protestes überfahren zu lassen. Zu diesem selbstmörderischen Zweck legten sie sich in zwei Reihen nebeneinander rechts und links vom Bahngeleise hin. Den Kopf auf die Schienen gebettet, erwarteten sie ruhig den Tod. Mit knapper Not gelang es dem Lokomotivführer, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. In der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung dürfte dieses Ereignis sicher einzig in seiner Art dastehen.

Erstausführungen der Woche. Mont. Triläne: „Die beiden Herren der gnädigen Frau“. Dienst. Komödie: „Robert und Bertram“. — Di. am Kuriertheater: „Jacqueline“. — Hoftheater: „Hochzeit vor der Ehe“. — Schloßtheater: „Die goldene Ue“. Freil. Kammerstücke: „Lieb frauenmilch“.

Urania-Verträge. Sonnt. 5 u. 7. Dienst. Donn. Sonnt. 5: „Onkel James-Garden“. Sonnt. Mont. Dienst. Freit.: „Kempert“. Mont. bis Donn. Sonnt.: „Zum Gipfel der Welt“. Dienst. Donn. 7: „Wiener Humor“. Mittw. 8: „Goethe und die Liebe“.

Bühnenrevue. Direktor Arthur Schuler hat Paul Wegener dem Refin Theater verschifft. Wegener wird in der Eröffnungsfeier der Wdh und später den Dear, den Fallst und Camiball darstellen.

In der Großen Volkoper geht am Sonntag halt Name Strahen's „Niedermaus“ um 7½ Uhr in Szene. Dem Hennesheim spielt Robert Schupp von der Staatsoper.

Uel, die Gilbert-Operette des Theaters i. d. Kommandantenstrake, die Donnerstag in der Premierabendung mit Ueli Glat und Fritz Schulz ihre 30. Aufführung erlebte, wird auch während des Wais weitergeleitet.

Eine Ebert-Brücke in Mannheim. Für die neue große Rheinbrücke in Mannheim, die den Namen Friedrich-Ebert-Brücke tragen soll, wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Im Preisgericht sitz u. a. Bonag in Stuttgart, Guber in Karlsruhe, Meulogel in Darmstadt, Siler in Mannheim.

# Die Ruhrkredite vor dem Reichstag.

Vernehmung von Dr. Luther und Robert Schmidt.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ruhrkredite setzte am Freitag vormittag seine Verhandlungen fort. Die Sitzung beginnt mit den Vernehmungen über das Beweisthema:

Als das Schreiben des Reichskanzlers Dr. Stresemann vom 1. November 1923 in Gemäßheit des Kabinettsbeschlusses vom gleichen Tage, d. h. unter Zuziehung des Ausschusses, in dem die Reichskanzlei, das Reichswirtschaftsministerium und das Ministerium für Wiederaufbau vertreten waren, abgefaßt worden?

Als erster Zeuge wird Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt vernommen, der das bestätigt und hinzufügt, daß natürlich auch das Auswärtige Amt an der Abfassung des Schreibens beteiligt war. Es war damals das federführende Ressort, und die übrigen Ressorts wurden zu seiner Unterstützung in den Ausschuß herangezogen. Später ging die Federführung auf das Wiederaufbauministerium und dann auf das Reichsfinanzministerium über. Als Teilnehmer an der Kabinettsitzung erklärt der Zeuge auf eine Frage des Abg. Esser (Ztr.): Für mich bestand sowohl nach dem Gang der Kabinettsitzung, als auch nach der Art, wie das Schreiben zustande gekommen war, kein Zweifel darüber, daß es sich nicht darum gehandelt hat, eine allgemeine moralisch-politische Verpflichtung, sondern eine rechtlich bindende, evtl. einlagbare Verpflichtung zu übernehmen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Stoeder (Komm.) erklärt Ministerialdirektor Dr. Ritter, Sinnes habe gemeint, man müsse das Abkommen nach außen hin so aufmachen, daß das Reich eine Verpflichtung nur unter der Voraussetzung übernehme, daß die Leistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge, die Bergherren legten deshalb Wert auf das Schreiben des Reichskanzlers, weil sie meinten, durch die Vorlegung eines solchen rechtlich bindenden Dokuments würde ihnen die Erreichung eines ausländischen Kredits erleichtert werden.

Dr. Herz (Soz.): Warum ist an den ersten Besprechungen mit Sinnes nicht das für diese Dinge zuständige Aufbauministerium hinzugezogen worden im Gegensatz zu den übrigen Ministerien?

Dr. Ritter: Auf diese Frage bin ich nicht vorbereitet, da sie über das mir gestellte Beweisthema hinausgeht.

Vorl.: Ich halte es auch für bedenklich, das Beweisthema so weit zu überschreiten durch Fragen, die im wesentlichen politisch-agitativen Zwecken dienen.

Dr. Herz (Soz.) bestreitet, daß seine Frage nur politisch-agitatorische Bedeutung habe. Es sei für die sachliche Würdigung von größter Bedeutung, aus welchen Gründen die Minister Sollmann und Schmidt, ganz besonders der zuständige Ressortminister Schmidt nicht zu den Besprechungen hinzugezogen wurde.

Der Vorsitzende stellt anheim, entsprechende Beweisanträge zu stellen.

Ministerialdirektor Dr. Kiep, der ehemals der Reichskanzlei angehört, bezeugt darauf zu dem Beweisthema, daß er bei der Abfassung des Schreibens mitgewirkt habe. Das Konzept wurde vom Ministerialdirektor Ritter entworfen, in der Reichskanzlei geschrieben, dann gemeinsam besprochen, mit einigen Korrekturen versehen, alsdann von den mitwirkenden Referenten mit der Paraphie gezeichnet und dem damaligen Reichskanzler zur Unterschrift vorgelegt. — Auf eine Frage des Abg. Stoeder, ob ihm erinnerlich sei, daß der Reichsfinanzminister in der Ministerbesprechung gesagt habe, es könne sich nur um ein vorläufiges Anerkenntnis handeln, und das Reich sei vor zwei Jahren zur Zahlung nicht in der Lage, verweist der Zeuge auf das Protokoll.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß diese Frage über das Beweisthema hinausgehe, zu dem der Zeuge die schriftliche Aussagegenehmigung habe.

Auf die Vernehmung der weiteren Zeugen zu diesem Punkt wird verzichtet.

Es tritt dann eine kurze Pause ein.

Ruf der Pause wird

## Reichskanzler Dr. Luther

vernommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß festgestellt werden solle, welcher Art die Bindungen gewesen sind, die damals zwischen der Reichsregierung und den Ruhrindustriellen eingegangen worden sind.

Reichskanzler Dr. Luther: Der Zweck des damaligen Abkommens war nach den ausdrücklichen, von den Vertretern der Sechser-Kommission geäußerten Wünschen, eine Erklärung der Reichsregierung herbeizuführen, auf Grund deren der Kohlenbergbau sich Kredite beschaffen konnte. Nur wenn er in den Besitz solcher Kredite kam, erklärten sich die Herren in Frage, Verträge mit den Befehlshabern über die Weiterführung der Kohlenlieferungen abzuschließen. Daß es sich um Abmachungen gehandelt hat, die im privaten Wirtschaftsbereich ihre Auswirkung finden sollten, geht auch aus der Ausdrucksform der verschiedenen Briefe hervor. Nun ist die Frage gestellt, ob es sich um privatrechtliche Bindungen gehandelt hat. Ich habe mir damals nur klar gemacht, was ich sachlich wollte. Wenn ich mir die Sache juristisch überlege, würde ich wohl das Vorliegen einer privatrechtlichen Bindung anerkennen.

Vorsitzender: Es wird nicht leicht sein, hier strikt zu unterscheiden zwischen Befundung von Tatsachen und gewissen inneren Bewegungen. Ich glaube aus Ihrem letzten Satz entnehmen zu dürfen, daß kein Zweifel darüber bestand, daß Sie den Industriellen dafür, daß sie dem Reiche zu Hilfe kamen und ihren Kredit zur Verfügung stellten, ein unmittelbarer, einlagbarer Anspruch gegeben werden sollte.

Landsberg (Soz.): Ich habe den Reichskanzler etwas anders verstanden, nämlich so: Wir waren uns darüber einig, daß wir den Industriellen eine Rückendeckung geben müßten. Wir haben aber nicht geprüft, ob wir uns juristisch, politisch oder moralisch binden wollten. Hinterher hat der Herr Reichskanzler dann gesagt, als Jurist würde er sich die Frage dahin beantworten, daß eine privatrechtliche Bindung vorliege.

Dr. Luther: Was mir damals gewollt haben, heißt in der Sprache der Jurisprudenz: privatrechtliche Bindung. Wir haben ohne jeden Zweifel nach Lage der Dinge der anderen Seite einen Anspruch geben wollen, der unmittelbar einlagbar Recht erzeugte. Denn der Zweck war ja, etwas Distanzfähiges zu schaffen, auf dessen Grundlage man Geld bekommen konnte. Auf Befragen des Vorsitzenden fügt der Reichskanzler noch hinzu: Nach dem Inhalt der damaligen Erörterungen ist die Möglichkeit gar nicht erwaogen worden, daß die Reichsregierung bei der Wahl eines anderen Reichstags diese Verpflichtungen etwa nicht erfüllen könnte.

Stoeder (Komm.) erinnert den Reichskanzler daran, daß er in einer Kabinettsitzung ausgeführt habe, daß die Zahlungen unter allen Umständen einzustellen seien; auch bei den Sozialrentnern müsse man eine Einschränkung oder Einstellung der Zahlungen vorsehen.

Sonst bestände nur noch die Aussicht auf ein allgemeines Chaos. Den Vorschlägen des Herrn Sinnes stimme er bei, und zwar deshalb, weil der Plan der Bergherren keine unmittelbare Belastung der Reichsfinanzen mit sich bringe.

Dr. Luther: Meine ganzen Ausführungen bezogen sich doch auf den damaligen Zustand. Nach Sanierung der Reichsfinanzen sollten die Zahlungen erfolgen. Das war aber ein anderer tatsächlicher Zustand.

Vorsitzender: Die Bedeutung liegt bei den damaligen Ausführungen des Reichskanzlers auf dem Wort „unmittelbar“.

Abg. Stoeder (Komm.): Rechnete der Zeuge nicht damals mit einer Nichtzahlung der Reparationen? Am 20. Oktober erklärte er: Der Erfolg der Aktion der Bergherren sei sehr zweifelhaft. Nach seiner Meinung komme es nur darauf an, die Lösung der besetzten Gebiete vom Reich in einer besonders schonenden Weise zu ermöglichen. Man rechnete damals also nicht mit einem Verbleiben der besetzten Gebiete beim Reich.

Dr. Hüfner (Soz.): Für das Reichskabinett waren damals offenbar zwei Erwägungen maßgebend: 1. Wir wissen heute noch in keiner Weise, ob das besetzte Gebiet mit dem übrigen Deutschland verbunden bleiben wird; 2. wir wissen nicht, in welcher Zeit wir den Uebergang in den Budget kommen werden, die die Voraussetzung für die Entschädigung bildet. Die ganze Sache ist also eine cura posterior. Wir werden in zwei bis drei Jahren, wenn die Finanzen saniert sind, überhaupt erst diese Frage definitiv entscheiden können. War das die tatsächliche Auffassung bei den Abmachungen? Es handelte sich doch dabei um einen der vielen politischen Versuche, das besetzte Gebiet beim übrigen Deutschland zu erhalten.

Dr. Luther: Der Zweck dieses Vorganges war gewiß ein politischer, aber der Inhalt war eine bindende Abmachung mit den Ruhrindustriellen. Es war nicht eine politische Abmachung in dem Sinne, daß man über die Sache in Wirklichkeit erst später entscheiden wollte, sondern es war eine Abmachung, die die Grundlage für ein Geldgeschäft darstellen sollte und die ihrer Idee nach die Zurückgewährung von Leistungen darstellen sollte, die die Ruhrindustriellen für das Reich gemacht hatten. Es handelt sich auch nicht um zwei Voraussetzungen, sondern der Brief enthält nur die eine Voraussetzung, daß die Reichsfinanzen saniert werden. Das Gelingen der Rettungsaktion für das besetzte Gebiet war keine Voraussetzung.

Stoeder (Komm.): Der Reichskanzler hat doch in seinen Ausführungen als damaliger Finanzminister über den Haushaltsplan erklärt, er rechne dabei mit einem Kumpf-Deutschland ohne Reparationskosten. Wie dachte er sich bei einer solchen Perspektive die Erfüllung des Abkommens?

Dr. Luther: Meine Ausführungen bezogen sich nur auf den Reichshaushaltsplan und da mußte ich, um rechnungsmäßig ein klares Bild zu gewinnen, mit diesem Kumpf-Deutschland rechnen. Das besagte aber keineswegs, daß wir nicht alles mögliche tun sollten, um das besetzte Gebiet beim Reich zu erhalten. Wenn ich von einer „vorläufigen Anerkennung“ sprach, so bedeutete das nichts weiter, als daß ich damals noch nicht zahlen konnte, sondern damit bis zur Sanierung der Finanzen warten wollte.

Dr. Herz (Soz.): Sie haben vorher erklärt, daß es sich nach Ihrer Meinung damals um eine bindende Abmachung gehandelt habe. Wie erklärt sich dies damit, daß einige Monate nach dem Zustandekommen des Briefwechsels mit Sinnes einzelne Minister und überhaupt die Reichsregierung öffentlich den Standpunkt vertreten hat, daß von einer Tragung der Micumlasten durch das Reich nicht die Rede sein könne, und daß Sie in einer Besprechung mit den Bergarbeitervertretern erklärt haben, daß der finanzielle Zustand des Reiches einen Beitrag zur Wüldung der Micumlasten schlichtweg unmöglich mache?

Dr. Luther: Das galt nur für die damalige Zeit. Damals konnten wir nichts zur Erleichterung der Micumlasten tun. Wir haben die Verpflichtung ja auch für die Zukunft übernommen.

Dr. Herz (Soz.): Wir werden später noch diese damaligen Äußerungen vergleichen müssen; ich habe sie so in Erinnerung, als wenn sie nicht von der damaligen Lage, sondern von der allgemeinen handelten. Das scheint auch aus dem Zusammenhang hervorzugehen. Aber etwas anderes. In einem Schreiben heißt es u. a.: Den Forderungen des Ruhrbergbaues wird in Anlehnung ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage auf die ihnen erwachsenden Micumlasten eine Abschlagszahlung von 133 Millionen Mark gewährt. Hier wird also als Grund für die Zahlung des Vorschusses die wirtschaftlich schwierige Lage, nicht aber eine bindende Abmachung angegeben. Wie erklärt sich das?

Dr. Luther: Das erklärt sich daraus, daß die Sanierung der Reichsfinanzen, in dem Sinne, wie er die Voraussetzung für die endgültige Zahlung darstellen sollte, zu dem damaligen Zeitpunkt, wo die Dawes-Anleihe noch nicht abgeschlossen war, noch nicht eingetreten war. Es wurde also auf eine zukünftige Verpflichtung eine Abschlagszahlung geleistet.

Dr. Herz (Soz.) kommt dann auf eine Sitzung des Aufwertungsausschusses vom 24. September zu sprechen und erklärt:

Der damalige Reichsfinanzminister hat in dieser Sitzung eine genaue Aufstellung über die Ausgaben des Reiches vorgelegt. Er verfolgte dabei den Zweck, die Ausgaben besonders hoch erscheinen zu lassen, weil es sich doch um die Aufwertungsfrage handelte. Trotzdem hat er die Zahlung für die Ruhrabwicklung nur mit 100 Millionen Mark eingeseht. Er mußte doch wissen, wenn eine bindende Abmachung vorlag, daß die Verpflichtung des Reiches für die Ruhrentschädigung viele Hunderte von Millionen betrug.

Dr. Luther: Ich habe die Vorgänge nicht in allen Einzelheiten im Gedächtnis. Soweit ich aber mir im Augenblick die Dinge vorstellen kann, würde es sich damals darum gehandelt haben, auf der Ausgabenseite die Summen einzusehen, die im Etatsjahr voraussichtlich noch zu zahlen waren. Die Summe ist dann höher geworden, weil eben die Sanierung der Reichsfinanzen schnellere Fortschritte gemacht hat. Schlimmstenfalls beweist diese Angabe des damaligen Reichsfinanzministers, daß die Finanzlage von Seiten der Reichsregierung unrichtig beurteilt worden ist.

Dr. Herz (Soz.): In den Akten des Reichsfinanzministeriums befindet sich eine Aufzeichnung vom 24. Oktober 1923, in der es u. a. heißt: Die allgemeinen Erhebungen zu denen die Vorarbeiten bereits im Gange sind, erleiden durch die Auflösung des Reichstages eine erhebliche Verzögerung. Da taun damit zu rechnen sein wird, daß der kommende Reichstag vor Ende Februar arbeitsfähig sein wird,

wird dadurch auch vor Ende März die endgültige Abgeltung der Ruhrverpflichtungen nicht zu erwarten sein.

Ministerialdirektor v. Brandt, der Verfasser dieser Aufzeichnungen, hat vor dem Ausschuß mitgeteilt, daß im Reichsfinanzministerium bei der Bearbeitung der Micum-Entschädigungen ursprünglich mit der Mitwirkung des Reichstages gerechnet worden sei.

Wie erklärt es sich, daß das Finanzministerium auf dem Standpunkt stand, die Mitwirkung des Reichstages ist notwendig, wenn im November 1923 bereits bindende Abmachungen privatrechtlicher Natur getroffen worden sein sollen?

Dr. Luther: Ich habe aus den Fragen des Herrn Dr. Herz nicht erntommen, daß bei dieser Notiz sich die Bindung löste, es sei notwendig, den Reichstag zu befragen; es ist nur von einer Möglichkeit gesprochen worden, den Reichstag zu beteiligen. Diese Absicht kann bestehen, auch ohne daß die tatsächliche Notwendigkeit gegeben ist.

Dr. Landsberg (Soz.): Ist Ihnen das Gutachten der Herren v. Staff und Heymann bekannt geworden?

Dr. Luther: Nein. Von diesem Gutachten ist mir gegenüber gesprochen worden, gelesen habe ich es nie.

Dr. Landsberg (Soz.): Es ist damals von Rathusius eine kritische Bemerkung zu diesem Gutachten gemacht worden; an ihrer

Spitze heißt es: die Schwächen des Gutachtens bezüglich der Stützung auf Vertrag liegen so offen zutage, daß ein Eingehen darauf sich erübrigt. Ist Ihnen diese Kritik bekanntgeworden? Dr. Luther: Nein.

Dr. Luther: Die Ruhrindustrie wollte eine Grundlage dafür haben, daß das Reich, sobald es in der Lage war, zu zahlen, auch zahlte. Die Frage der Gutsschrift auf Reparationskonto ist verwendet worden in den Verhandlungen gegenüber dem Ausland, den Franzosen. Ich habe nicht die Vorstellung gehabt, daß die Gutsschrift eine endgültige Voraussetzung gewesen sei für die Verpflichtung des Reiches zur Zahlung. Zur endgültigen Beantwortung der juristischen Seite der Frage müßte ich mir die Gegenstände noch einmal ansehen.

Esser (Z.): In der Sitzung des Aufwertungsausschusses am 24. September 1924 hat der damalige Direktor im Reichsfinanzministerium, v. Schlieben, eine genaue Aufstellung über die damalige Finanzlage des Reiches gegeben. Er hat dabei die gegenüber der Ruhrindustrie eingegangenen Verpflichtungen nicht erwähnt. Das wäre aber unbedingt notwendig gewesen, wenn er der Ueberzeugung war, daß es sich um privatrechtliche Schuldverpflichtungen des Reiches handelte. War dem damaligen Direktor v. Schlieben dieser Charakter der Vereinbarungen vielleicht nicht bekannt?

Dr. Luther: Es handelte sich wahrscheinlich bei der Aufstellung des Herrn v. Schlieben um die Beträge, mit deren Zahlung noch im laufenden Etatsjahr gerechnet wurde. Es handelte sich also nicht um eine Bilanz in dem Sinne, daß sämtliche Schulden und Forderungen aufgeführt wurden, sondern um einen Kassenplan für das laufende Jahr. Herr v. Schlieben hat damals offenbar nicht die Vorstellung gehabt, daß die Gesamtschuld fällig wäre oder bald fällig würde.

Als nächster Zeuge folgt der

## Abg. Robert Schmidt (Soz.)

der zu der fraglichen Zeit Minister für Wiederaufbau war. Er bezeugt auf Fragen des Vorsitzenden: In den mündlichen Verhandlungen mit den Herren der Sechserkommission habe ich nicht teilgenommen. Das gab mir Veranlassung, in der entscheidenden Kabinettsitzung am 1. November zu erklären, daß ich gegen den Abschluß der Abmachungen Einwendungen erhebe, weil ich als zuständiger Wiederaufbauminister zu den Vorberatungen nicht hinzugezogen worden sei. Auch das Schreiben des Herrn Sinnes war mir vorher nicht bekanntgegeben worden. Ich konnte auch zu dem verlesenen Entwurf des Antwortschreibens nicht Stellung nehmen, weil ich ohne Kenntnis der Vorverhandlungen im Augenblick der Verlesung die Tragweite der Abmachungen nicht zu überblicken vermochte. Mit dieser Begründung erklärte ich, daß ich mich der Stimme enthalten würde.

Eine Ablehnung wollte ich nicht aussprechen, weil ich die Tragweite der Sache im Augenblick nicht übersehen konnte und natürlich auch ein Interesse daran hatte, daß die Industrie wieder in Gang käme. Der Innenminister Sollmann schloß sich meinem Standpunkte an und erklärte gleichfalls Stimmenthaltung. Daß meine Stimmenthaltung vielleicht auch darauf zurückzuführen sei, daß schon ein gewisser Bruch zwischen uns und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts vorhanden gewesen wäre, glaube ich nicht. Mindestens wurde in der Kabinettsitzung erklärt, daß es nur ein Versehen

gewesen sei, daß ich zu den Vorbesprechungen nicht hinzugezogen worden war. Differenzen, glaube ich, waren noch nicht vorhanden, sonst wäre von dem Reichskanzler Klipp und klar gesagt worden, weshalb mein Ministerium nicht hinzugezogen worden sei.

Esser (Z.): Haben Sie über den Grad der Verpflichtungen aus der damaligen Kabinettsitzung ein Bild gewonnen, ob privatrechtliche oder politisch-moralische Verpflichtung vorlag; ferner: Ist der damalige Justizminister über die juristische Seite der Frage gehört worden?

Robert Schmidt: Mein Kollege Radbruch hat sich meines Wissens darüber nicht geäußert. Ich habe später mit ihm darüber gesprochen, wie er diese Sache auffasse. Nach dem flüchtigen Eindruck hatte ich nur die sehr großen Bedenken, ob man

hier in der Kabinettsitzung, ohne daß den einzelnen Ministerien vorher schriftlich die ganze Sache unterbreitet war, eine solche Zusage machen konnte. Ich hielt die Verantwortung für zu groß. Ich hatte den Eindruck, daß über die Einzelheiten der Ausführung später noch gesprochen werden konnte, besonders hinsichtlich der Höhe, des Berechnungsmodus usw.

(Auf eine Frage des Abg. Stoeder:) Sachliche Einwendungen gegen den Vorschlag des Reichskanzlers bzw. des Reichsfinanzministers sind in dieser Kabinettsitzung nicht gemacht worden, weil wir uns in die Einzelheiten überhaupt nicht eingelassen haben. Wir hätten in einer folgenden Kabinettsitzung unsere Monita noch vorgebracht. Das war nicht möglich, weil das Kabinett ja dann in Folge unseres Rücktritts ausfiel. Daß ich und meine sozialdemokratischen Kollegen auch zu den übrigen Vorbesprechungen nicht herangezogen worden waren, ist mir nicht aufgefallen; meine Kollegen hatten ja mit der Sache nichts zu tun, Ressortminister war nur ich. Mein Kollege Sollmann war der Meinung, daß mindestens aufrechterhalten werden müßten die Zahlungen an die Sozialrentner und an die ausgewiesenen Beamten. Wir hatten aber den Ruhrindustriellen erklärt, wie seien nicht in der Lage — besonders soweit die Kohlenlieferungen in Betracht kämen — irgendwelche finanziellen Leistungen zu übernehmen. Sie müßten zusehen, wie sie mit den Micumverträgen allein weiterkämen. Die Verhandlungen im Ministerium kamen ja erst zum Abschluß, als Sinnes als Vertreter der Sechser-Kommission das Schreiben an das Ministerium richtete, in dem gesagt wurde, daß die Micumkommission weitere Zugeständnisse als abgeschlossen bezeichnet habe.

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest: Der Zeuge erklärt also, jedenfalls nach seiner Kenntnis von Art und Inhalt der bisher geführten Verhandlungen habe er keinen Anlaß gesehen, eine stärkere Beteiligung seines Ressorts zu fordern. Dabei bleibt immer noch die Möglichkeit offen, daß er bei voller Kenntnis der Vorgänge die Ansprüche seines Ministeriums angemeldet hätte.

Dr. Landsberg (Soz.): Haben Sie die Vorstellung gehabt, daß aus dem Brief vom 1. November klagbare vor Gericht vernehmbare Ansprüche gegeben waren?

Robert Schmidt: Dazu bin ich zu wenig Jurist. Eine starke moralische Bindung war jedenfalls vorhanden. (Auf eine Frage des Abg. Dr. Herz.) Die Frage, ob in der Kabinettsitzung vom 1. November von irgendeiner Seite politisch oder negativ davon gesprochen worden ist, daß eine Auszahlung von Ansprüchen ohne weitere Prüfung durch den Reichstag vorgenommen werden könnte, ist meines Wissens nicht erörtert worden. Wir standen ja alle unter dem Eindruck, daß sich die Herren noch einige Jahre würden gedulden müssen.

(Vorlesung im Morgenblatt.)

Kablen-Aussand in Französisch-Marokko. Seit einigen Tagen ist ein allgemeiner Aufstand der Kablen auch in der französischen Zone Marokkos im Gange, der dem französischen Militärbesatz zu umfangreichen Gegenmaßnahmen veranlaßt hat.



# Unsere Maifeiern.

## Starke Beteiligung in allen Stadtteilen. — Störungsloser Verlauf.

Am 1. Mai ist es schon zum sechsdreißigsten Male geschehen, daß die Arbeiter aller Länder unter ihrem roten Banner den 1. Mai gefeiert haben. Sechsdreißigmal sangen sie ihre Kampflieder zielbewußter und fordernder als sonst, sechsdreißigmal fragten sie mit der ganzen Inbrunst ihrer Herzen: Wie lange noch? Auch heute können wir nicht voraussagen, wann die Tage der edelsten Gemeinsamkeit, die Tage des Sozialismus endgültig anbrechen werden, denn die Entwicklung der Wirtschaft und der Politik hängt nicht allein von unserem Willen ab, aber was wir wissen, daß bessere Zeiten, daß unsere Zeiten trotz aller Widerstände kommen, kämpfen wir und feiern wir zugleich. Kämpfen und Feiern gehört bei den Sozialisten zusammen. Kampf gilt nicht nur der Realität, sondern auch den Idealen, und unsere Feste sind nicht nur Feiern, nein, sie haben auch ihren ernststen Sinn. Niemals offenbart sich diese Einheit deutlicher als jedes Jahr am 1. Mai! Starke und machtvolle war in Groß-Berlin gestern der Eindruck bei allen Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Ob man vormittags zusammenkam, ob nachmittags oder abends, ob unter freiem Himmel oder im rauchigen Saal, ob's draußen schön war oder trübe — laut erschallte überall der Ruf der Massen, von den Führern begründet, bekräftigt: Achtundneunzig! Weltfrieden! Demokratie! Bunt die Umrahmung der inhaltschweren Worte: Musik, Gesang, Rezitation, Turnvorführung, Volkstanz der Jugend — Arbeitstag, Feiertag! Nicht einmal jede Bezirksgruppe hatte eine rote Fahne, aber der Geist, den sie verkörpert, der lebt übera! Feiertag — obwohl das Gepeitsch des Hungers durchs Fenster vieler Brüder von uns grinst. Feiertag — obwohl Tausende die Wohnung fehlt, die sie so gern bei dieser Gelegenheit gepußt und geschmückt hätten. Feiertag — obwohl gar häufig der „gute Anzug“ längst am Schraubstock alt und schmutzig wurde. Proletarischer Feiertag in des Wortes wahrster Bedeutung, gewiß, und dennoch — nein, gerade deswegen: höchster Feiertag! Nur daß das Gebet des Armen ganz anders ist als das des Satten...

### Der Verlauf des Maifeiertages.

Die Verkehrsbetriebe, wie Straßenbahn, Untergrund- und Hochbahn, Stadtbahn und Autobus, hielten im Einverständnis mit den Gewerkschaften ihren Betrieb aus. Von der neunten Morgenstunde an zogen überall größere und kleinere Züge feiernder Arbeiter, meist mit Musik an der Spitze und mit zahlreichen roten Fahnen, von ihren Betrieben zu den Versammlungen. Der Nachmittags und der Abend galt geistigen Veranstaltungen der Partei. In 35 Sälen hatten sich über ganz Groß-Berlin die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes zusammengefunden, um ihren ureigenen Feiertag in geselliger Weise zu begehen. Die Feiern selbst sind sowohl am Vormittag wie am Nachmittag überall ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen, obwohl die Kommunisten, die ihre zusammengefaßten Schar nach dem Lustgarten aufgebauten hatten, an Provokationen nicht fehlen ließen. Diese galt allerdings weniger dem Kapitalismus als vielmehr den der Sozialdemokratie angehörenden Arbeitern. Ihr Benehmen verriet wieder zur Genüge, daß die Thesen von der Einigung nur hohles Geschwätz sind, daß sie ihre ganze Stofkraft, soweit sie noch vorhanden ist, allein gegen die sozialdemokratischen Lager stehende Arbeiterschaft einleiten. Die Schutzpolizei war zwar in großer Zahl über die Stadt verstreut aufgedockt, brauchte aber nirgends ernsthaft eingegriffen zu werden.

Zu einer gemeinsamen Maifeier hatten sich die Arbeiter von Blankenburg, Buchholz und Karow vereinigt. Ein langer Zug mit flatternden roten Fahnen unter Voranziehen einer Musikkapelle bewegte sich durch die Straßen der Vororte. Im Restaurant Koffat in Buchholz, wies nach Beendigung des Umzuges Genosse Heine an Stelle des verhinderten Genossen Barth in eindringlichen Worten auf die große Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat und das schaffende Volk hin. Der Arbeiter-Gesangverein brachte vollendete Darbietungen und erntete dafür reichen Beifall. Zum Schluß der Feier wurde von den Festteilnehmern die Internationale stehend gesungen. Besondere Ermahnung verdient die geschmackvolle Ausschmückung des Saales. Die Seitenwände waren mit roten Bannern dicht behängt. In der Mitte der Bühne, zu beiden Seiten je ein Reichsbannermann, stand von frischem jungen Grün umgeben, die Büste August Bebel's.

### Die Maifeier der Berliner Gewerkschaften.

Gestern sind Berlins Arbeiterbataillone wieder einmal marschiert. In 24 der größten Säle hatten die Organisationen ihre Mitglieder gerufen. Die Gewerkschaftsmitglieder folgten der Aufforderung in einer so großen Zahl, die die Beteiligung an den Maifeiern der letzten Jahre bei weitem übertraf. Ganz besonders die Bauarbeiter, die Metall- und Holzarbeiter, dann aber auch die Mitglieder des Verkehrsverbandes, die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die in der graphischen Industrie Beschäftigten hatten die Arbeit ruhen lassen. Die verfügbaren Versammlungsräume reichten nicht aus zur Aufnahme der Massen, so daß in den Gärten der Lokale, in weiteren Sälen und auf den Höfen Parallelsammlungen veranstaltet wurden, die ebenfalls überfüllt waren. Viele Tausende mußten umkehren. Sie belebten das Straßenbild feierlich. Ueberhaupt war der Fuhrverkehr sehr stark eingeschränkt, die vielen Last- und Arbeitswagen fehlten vollständig, ein Beweis für die Treue, mit der die Transportarbeiter dem Gedanken der Arbeitsruhe nachhängen. Die Verkehrsunternehmen waren im Betrieb. Sie hatten aber in den sonst so unruhigen Stunden der An- und Abfahrt zu den großen Fabrikkomplexen wenig zu tun: Berlins Arbeiterschaft feierte den Ersten Mai.

In der Holzindustrie war die Arbeitsruhe vollständig. Die Schornsteine der Metallindustriellen, die es sich so stets besonders angelegen sein ließen, die Maifeier „ihrer“ Arbeiter mit allerlei Repressalien zu beantworten, hatten nicht vermocht, den von ihnen gewünschten Druck auf die Metallarbeiter auszuüben. In der Anzahl der kleineren und mittleren Betriebe ruhte die Arbeit ganz, die Riesenbetriebe der Siemens-, AEG- und Vorlig-Werke hielten wohl ihre Fabriktore offen, aber nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft trat die Schicht an. Die vielen, vielen anderen Branchen, Gewerbe und Industriegruppen waren an den Feiern ihrer Verbände ebenfalls stark beteiligt. Die Berliner Arbeiter und Angestelltenchaft hat sich nach den Kämpfen im eigenen Lager, erst recht aber trotz der Kämpfe, die ihnen das Unternehmertum aufzwingt, am gestrigen Ersten Mai in achtunggebietender Stärke gezeigt, ein lebendiger Beweis für die Solidarität, die Liebe und Achtung untereinander, aber auch des Kampfwillens gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung.

Die im A.F.V.-Bund vereinigten Angestelltenverbände hatten eine gemeinsame Maifeier im großen Saal des Lehrervereinshauses veranstaltet. Schon vor 10 Uhr war der Saal, seine Galerien und Gänge mit Maifeiernden überfüllt. Als auf der mit frischem Grün und roten Draperien geschmückten Bühne der Berliner Sängerkorps sein Festlied anstimmte, mußte im Nebenraum eine Parallelsammlung ausgemacht werden. Gertrud Enssoldt trug Dichtungen revolutionärer Dichter vor, Genosse Breitscheid hatte die Festrede übernommen. — Im Saalbau Friedrichshain waren Saal und Garten von den Bauereiarbeitern besetzt. Nach einem Eröffnungsgesang des Männergesangsvereins „Brenzlauner Berg“ hielt Genosse Dr. Löwenstein den Maifeiertag. — Die Eisenbahner und die Schornsteinfeger hatten die Räumlichkeiten von „Habertands Festfalen“ für ihre Maiveranstaltung gemietet. Auch hier starke Beteiligung und glänzende Stimmung. — Ein riesiger Andrang herrschte in den „Sophienböden“. Die Arbeiterschaft der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie, Brauer, Mühlenarbeiter, Bäcker, Konditoren und die Gastwirte angestellten füllten große und kleine Säle und den Hof. Die Brauereien waren, dem Antrag der Belegschaften entsprechend, geschlossen worden. Die Mühlenarbeiter hatten die Absicht ihrer Unternehmung, den Zwölftendtag einzuführen, mit der Arbeitsruhe beantwortet. Genosse Wolf Hoffmann hielt hier die Festrede. — Im naheliegenden „Kosenthaler Hof“ hatten die Böttcher mit der Maifeier die Feier ihres 40jährigen Verbandsjubiläums verbunden. Diese kleine Berufsgruppe hält seit zusammen. Eine städtische Schar der Verbandsmittglieder blüht auf eine über ein Vierteljahrhundert währende Mitgliedschaft zurück, darunter 11 Mitbegründer mit 40jähriger Mitgliedschaft. Der Berliner Arbeiterfestchor Genosse Gustav Link hielt die Festrede, und der Schubert-Chor trug zur Erhebung der Feiern den bei. — Der Kosenthaler Platz und der Weinbergsweg hatten durch den Ammorh der Metallarbeiter, die zu ihrer Maifeier ins Waldtheater strömten, ein stark verändertes Aussehen erhalten. Viele Branchen und Betriebe erschienen im geschlossenen Zuge mit Tischen und roten Fahnen. Im Riesentheateraal eine drangvoll fürchterliche Enge, der nicht kleinere Tunnelaal und der Garten waren nicht imstande, die Menge der Feiern zu fassen. Tausende und Abertausende demonstrierten in ruhiger Geschlossenheit auf der Straße, während von der Stimmungsvoll dekorierten Bühne Genosse Crispian der Bedeutung des Tages gedachte. Der Männerchor „Fichte-Georgina“ hatte freudlicherweise die Mitwirkung übernommen. — Das Gewerkschaftshaus war von den Männern und vom Verkehrsband in allen seinen Teilen gefüllt. Auf dem Hof sprach Genosse Drimann zu seinen „Transportern“, bei den Rednern referierte Schlemann. — Die Gemeinde- und Staatsarbeiter feierten ihren 1. Mai auf dem Tempelhofer Bod. Die Gartenbühne trug im Hintergrunde den Reichsadler, daneben flatterten unsere roten Fahnen lustig im Rawinde. Eine von Verbandsmittgliedern gestellte Musikkapelle und ein Gesangsverein sorgten für musikalische Unterhaltung. Die Belegschaften der einzelnen Betriebe und Werke waren zum Teil in geschlossenen Zügen erschienen. Genosse Dittmer hielt das Referat. — Der den ungeheuren Saal der „Neuen Welt“ in der Hofenheide füllt, weiß, was es bedeutet, ihn zu füllen. Die Berliner Holzarbeiter aber fanden nicht einmal alle Platz. Der Scharchor sang mit großem Beifall aufgenommenen Maillieder und Genosse Freigang fand treffliche Worte in seiner Ansprache. — Im Nebenraum feierten die graphischen Arbeiter, Buchdrucker,

Hilfsarbeiter, Lithographen und Buchbinder ihre Maifeier. Das „Vorwärts“-Personal war im geschlossenen Zuge von der Lindenstraße zur Hofenheide marschiert. Der Vorzugende der Berliner Gewerkschaftskommission, Genosse Sabath, hielt die Festrede. — Die Bekleidungsindustrie, Textilarbeiter, Schneider, Kürschner, Hutmacher und Friseur waren im „Viktoriengarten“ am Treptower Park, gut vertreten. Genosse Kofke hielt die Festrede. Draußen zog eine singende kommunistische Gruppe vorüber, als deutliche Mahnung, daß die wirkliche Einheitsfront wiederhergestellt werden muß. — Bei den Dachdeckern im Swinemünder Gesellschaftshaus sprach Genosse Fehler. — Die kleineren Verbände veranstalteten in den verschiedensten Stadtteilen Maifeiern, die durchweg glänzende Beteiligung fanden. Bekannte Redner aus der Gewerkschaftsbewegung wiesen auch hier auf die Bedeutung des Tages hin. Das Erstarken der Reaktion, die Stärkung ihrer Position durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, der soziale und politische Rückschritt gab unseren Rednern Anlaß, auf die Bedeutung starker Arbeiterorganisationen, die auch internationale Beziehungen anknüpfen und erhalten, hinzuweisen. Ueberall in den Versammlungen wurden die Hochs auf die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung mit Begeisterung aufgenommen.

Die Feiern der Gewerkschaftsunterkommissionen in den Vororten nahmen durchweg einen guten Verlauf. In Charlottenburg, wo Genosse Hildebrand sprach, hielten sich die Kommunisten eine glatte Absage mit ihrer Aufforderung zu Sonderdemonstrationen. Ein Bäderduffend folgte der freundlichen Einladung; die Versammlung ging ohne Störung weiter. Bei den Holzarbeitern mußte sich der Kommunistenführer „Bauernjäger“ stillziehen lassen. Die paar hundert Mann, die von der „Neuen Welt“ zum Lustgarten zogen, haben den kommunistischen Kohl auch nicht fett gemacht. Im Lustgarten, der von der A.F.V.-Zentrale als Versammlungsort bestimmt worden war, hatten sich zur festgesetzten Zeit, um 11 Uhr, etwa 3000 Männlein und Weiblein eingefunden, die sich durch Kindergruppen verstärken ließen. Vor der großen Granitschale stellte eine kleine Versammlung die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten zur Schau. Eine Anzahl Schaulustiger verließ sich auch wieder, als es nichts zu sehen gab.

### Die Maifeier in Potsdam.

Einen glänzenden Verlauf nahm die Maifeier in Potsdam. Sie gemeinsam vom Gewerkschaftsstellvertreter, A.F.V. und Sozialdemokratischer Partei veranstaltet wurde. Am Vormittag sprach in einer stark besuchten Versammlung auf dem Bassinplatz Genosse Aufhäuser. Ein Umzug durch die Stadt zeigte der Potsdamer Reaktion den Kampfwillen der Arbeiterschaft. Am Abend fanden Feiern in drei Sälen statt. Im außerordentlich stark besuchten Konzerthaus, dem größten Saal Potsdams, feierte Genosse Wissell in begeisterten Worten den 1. Mai als den Tag der Völkervereinigung. Genosse Raroh bot eine glückliche Folge von Rezitationen. Der Arbeiterturnverein erntete reichen Beifall, besonders mit seinem lebenden Bild „Sozialismus“, einer geschickt gestellten Arbeitergruppe, die sich um das Banner der SPD schart. Begeistert scholl ein vom Genossen Duessecker ausgebrachtes Hoch auf die freie Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratische Partei durch den mit roten und schwarzrotdorbenen Fahnen geschmückten Saal.

# D-Zug-Katastrophe im polnischen Korridor.

28 Tote, 30 Schwerverletzte. — Ein verbrecherischer Anschlag?

Schneidemühl, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag entgleiste im polnischen Korridor zwischen den Stationen Swaroschin und Preußisch-Stargard auf steiler Strecke der abends um 8 Uhr von Königsberg abgehende D-Zug nach Berlin. Die Lokomotive und mehrere Wagen stürzten den steilen Abhang herunter. Nur ein Schlafwagen und ein Wagen erster Klasse blieben auf dem Bahndamm. Die polnischen Eisenbahnbehörden nehmen an, daß es sich um ein Verbrechen handelt. Aus ihren Mitteilungen ergibt sich, daß auf einer längeren Strecke zwischen Preußisch-Stargard und Swaroschin die Lashes der Geleise gelockert worden sind. Die Zahl der Toten beträgt vorläufig 25. Von ihnen sind 16 bereits namentlich festgestellt, während der Rest so verformt ist, daß eine Identifizierung erst möglich sein wird, wenn sich die Angehörigen der Verunglückten auf Grund der Kenntnis von der Reise ihrer Familienmitglieder in dem verunglückten Zuge gemeldet haben. Als Schwerverletzte sind 12 Personen gemeldet. Sie befinden sich hilflos im Dirschauer Krankenhaus. Von Augenzeugen wird mitgeteilt, daß die ersten Wagen des D-Zuges vollkommen ineinandergerieten wurden, so daß die Toten fast hilflos auf der Stelle ihr Leben aushauchten. Das Wehgeschrei und die Hilferufe der Eingeklemmten soll herzzerbrechend gewesen sein. Eine Haftung kommt für die Deutsche Reichsbahngesellschaft nicht in Frage. Sie besteht jedoch für die polnische Regierung, die laut Artikel 36 des von Deutschland, Polen und Danzig unterzeichneten Vertrages die Haftung bei Unfällen im Eisenbahnbetrieb auch für durchfahrende deutsche Züge übernimmt.

### Die Todesopfer.

1. Dr. Fröh Neumann, Berlin, Urbanstraße.
2. Alois Scharf, Gut Alenau.
3. Julius Mah, Verwaltungsfeldzer, Elbing.
4. Arthur Malivid, Postsekretär, Iltis.
5. Arthur Lewin, Kaufmann, Saalfeld (Ostpr.).
6. Herbert Breitschneider, Elbing.
7. Theodor Krüger, Bibliothekar, Königsberg.
8. Paul Helbig, Kaufmann, Magdeburg.
9. Reinhold Ehardt, Student, Marienburg.
10. Herbert Lau, Drogeriebesitzer, Helligsbell.
11. Max Wollermann, Gewerkschaftsbeamter, Danzig.
12. ein polnischer Zollbeamter.
13. ein zweijähriges Kind.
14. eine Dame mit Wäschezeichen M. H.
15. eine Dame mit Wäschezeichen L. A.
16. eine Dame mit Ring, gezeichnet H. S.
17. ein kleines Kind.
- 18.—25. acht unbekannte Frauen.

Von den Unbekannten sind nachträglich noch rekonstruiert worden: zwei männliche Personen namens Eissa und Gerlach,

Ruth Keilig mit Tochter, Marie Wichmann, Elise Rudausch aus Elbing, Frau Dr. Gerach und Sohn aus Osterode. — Die Namen der bei dem Eisenbahnunglück

### Schwerverletzten

- find:
- Fabrikbesitzer Werner Hoffmann, Insterburg.
  - Max Köhnel, Student, Berlin O. 112.
  - Cademeltzer Wiffigkeit, Königsberg.
  - Früh Laabs, Drogerie, Elbing.
  - Max Telpenach, Stallupönen.
  - Wilhelm Jerdich, Marienburg, Gymnasiallehrer.
  - Prof. Max Henkel, im Umzug von Elbing nach Breslau begriffen.
  - Früh Radtke, Graudenz.
  - Mowja Jegar, Kaufmann, Riga.
  - Andreas Haus, Zollbeamter Konig.
  - Frau Gertrud Kaiser, Königsberg.
  - Postbeamtin Elisabeth Dzjakowski, Königsberg.
  - Eisenbahnführer Frau Emma Wogram, Berlin, Bernburger Straße 7.
  - Lehrerin Dorothea Mandler, Essen (Ruhr).

### Leichtverletzte:

- Kaufmann Leopold Herz, zurzeit wohnhaft Berlin, Neustädtische Kirchstr. 18, Pension Schölin.
- Maurermeister Albert Gullmann, Charlottenburg, Congardental 6.
- Walter Jacobska, wohnhaft Berlin, Tille-Wardenberg-Str. 28.
- Frau Ingenieur Wüst, wohnhaft Wilmersdorf, Holsteinische Str. 48.
- Frau Margarete Kauffmann, zurzeit wohnhaft Königsberg, Flichstr. 43, vom 15. Mai ab wohnhaft Wilmersdorf, Gabelsbergstr. 3.

Die Schwerverletzten wurden in einem Hilfszug, der später aus Dirschau kam, ins Dirschauer Krankenhaus gebracht. Reichsanwalt Dr. Luther hat der Deutschen Reichsbahngesellschaft bereits am Freitag vormittag die Anteilnahme der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht. — Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß den Angehörigen der Verunglückten jederzeit das erforderliche Entreevisum kostenlos erteilt wird. Die Reichsbahndirektion hat die Eisenbahnverwaltungen im Reich angewiesen, den Angehörigen der Toten und Verletzten weitgehend entgegenzukommen und sie zum Besuch ihrer Familienmitglieder feet zu befördern.

In unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle haben sich schon früher zwei folgenschwere Unfälle ereignet. Der eine am 20. Januar 1920, und zwar infolge eines räuberischen Einschlag. Damals waren zwischen Schönauke und Schneidemühl die Schienen gelockert worden. Ein Güterzug entgleiste, so daß der ihm folgende Personenzug in die Trümmer des Güterzuges hineinstoßte. 18 Personen wurden getötet, 30 verletzt.



**Die Familienversicherung der Krankenkassen.**

Das Oberversicherungsamt in Berlin gegen den Ausbau.

Mit großer Mühe ist es den Krankenkassen vor einigen Monaten gelungen, die langersehnte Familienversicherung einzuführen. Welche Kämpfe es gekostet hat, die Ambulatorien, die heute zur größten Zufriedenheit der Mitglieder und Angehörigen arbeiten, aufrechtzuerhalten, wissen die Leser des „Vorwärts“ zu genau. Jetzt beabsichtigen auch die kleineren Kassen Mehrleistungen in der Familienversicherung einzuführen. Die Satzungsänderungen sind längst beschlossen und den Versicherungsämtern zur Genehmigung eingereicht. Die Aufsichtsbehörden scheinen aber keine große Neigung zu haben, hier schnell zu arbeiten. Wer an dieser blutigen Behandlung ein Interesse hat, zeigt ein Schreiben vom Oberversicherungsamt, das wir hier wiedergeben:

Oberversicherungsamt Berlin. Charlottenburg, den 19. 3. 25. Berliner Str. 11.

Die von der Kasse beschlossene Satzungsänderung, durch die neue Mehrleistungen durch Gewährung der Heilmittel und dergleichen ausgesprochen werden soll, die in den Ambulatorien verordnet werden, unterliegt an sich keinen grundsätzlichen Bedenken. Die tatsächliche Ausführbarkeit dieses Beschlusses erscheint aber einflussreich in Frage gestellt. Die bereits vorhandenen Ambulatorien sind nach ihrer Zahl und nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Ärzte nicht imstande, auch noch die gebaute ambulante Behandlung usw. — es kommen 33 Krankenkassen mit rund 260 000 Mitgliedern in Frage — zu übernehmen. Es müssen demnach, um die Satzungsbestimmung zu verwirklichen — auf die Erfüllung einer genehmigten Satzungsbestimmung haben die Kassenmitglieder Anspruch — die bestehenden Ambulatorien erheblich erweitert, oder es muß eine größere Zahl von Ambulatorien neu errichtet werden.

Beides setzt aber die Anstellung von weiteren Ambulatoriumsärzten voraus. Wie die Kasse dies ausführen will, ist noch ungeklärt. Auch wird es zur Beschäftigung weiterer Ärzte in jedem Falle einer Vereinbarung mit den Ärzten bedürfen, da eine solche durch die vom Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 28./27. Januar 1925 der Ziffer B XI Absatz 3,4 gegebenen Fassung „die Honorierung der hierdurch in den Ambulatorien beschäftigten Ärzte ist besonders zwischen den Kassenverbänden und der Wirtschaftlichen Abteilung vor dem Vertragsausschuß zu vereinbaren“ ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Zur Förderung der Angelegenheit hat das Oberversicherungsamt die Vorstände des Verbandes der Krankenkassen und des Betriebskrankentassenverbandes sowie der Wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Verzelebundes auf Sonnabend, den 28. d. M., vormittags 11 Uhr, zu einer Besprechung über die zu treffende Vereinbarung eingeladen. Weiterer Bescheid wird dem Kassenvorstand demnächst zugehen.

Also: „Die Gewährung von Mehrleistungen unterliegt an sich keinen grundsätzlichen Bedenken.“ Aber die Arztfrage macht den Herren Kopfschmerzen. Ist etwa, wie wir wissen es nicht, auch die „Wirtschaftliche Abteilung der Verzeleborganisation“, die ja immer noch nicht den Kampf gegen die Ambulatorien und den Ausbau aufgegeben hat, zum Teil an dieser Verzögerung beteiligt? Das Oberversicherungsamt hat unseres Erachtens kein Recht, die Genehmigung einer Satzungsänderung abhängig zu machen von der Zustimmung der Verzeleborganisation. Diese Zustimmung ist ungefährlich und in der Reichsversicherungsordnung nicht begründet. In einer Zeit, wo in den Arbeiterfamilien, die hier ja fast ausschließlich in Betracht kommen, jeder Pfennig für den Lebensunterhalt ausgegeben werden muß, ist es unverantwortlich, den Versicherten diese Vergünstigungen solange vorzuenthalten.

**Die Erholungsstätte Hasenheide wird eröffnet.**

Das Bezirksamt Neudölln teilt mit: Die von der städtischen Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose in Neudölln unterhaltene „Erholungsstätte Hasenheide“, neben dem türkischen Friedhof am Tempelhofer Felde, wird am Montag, den 4. Mai, eröffnet. In der Erholungsstätte wird Frauen und Kindern, die tuberkulös erkrankt, tuberkulös verdächtig bzw. bedroht sind, vom genannten Tage ab von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr unter fachverständiger Aufsicht Aufenthalt und Verpflegung gewährt. Die Verpflegung besteht aus einer Morgensuppe, reichlicher und kräftiger Mittagskost und nachmittags 1/2 Liter Milch. Für Frauen wird ein Tageslohn von 1 Mk. und für Kinder ein solcher von 70 Pf. erhoben. Die Erholungsstätte, im parkartigen Waldgelände ganz abseits vom lärmenden Verkehr gelegen, besitzt u. a. eine große nach Süden offene Liegehalle für circa 100 Patienten. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Erholungsstätte Neudölln, Erbsirase 27, Erdgeschoss, Zimmer 8, während der Dienststunden täglich von 8—1 Uhr entgegen.

Zigeunerkunst im Caféhaus. Der Zigeunerprimas Koczé Antal sen., der „virtuose“ ungarische Zigeunerprimas, stellte sich in den Räumen des Cafés Tonndorf, Unter den Linden, wo er zu gastieren gedenkt, einem geladenen Kreis von Presseleuten und Kunstinteressenten vor. Koczé Antal sen., der Mann mit dem vertauselt gebauten Namen, ist ein Meister der Ruance, der sich weniger der Brauour des Rhythmus, als der kultivierten Ausarbeitung aller Lösungen hingibt. Ein Musiker ursprünglicher Pufflichkeit, ein Virtuose, nicht im Sinne des Blinderhoffen, sondern einer der ergakten Kleinmalerei. Leider sind die Tonndorf-Betriebe, die uns die Bekanntheit mit Koczé Antal sen. vermittelt haben, alles andere als Besuchstätten für das Proletariat. Vielleicht findet sich der Ungar auch einmal bereit, vor Arbeitern zu spielen. Er würde sicherlich ein aufmerksames und dankbares Publikum finden.

# Rahma

MARGARINE

## buttergleich



**selbst aber ohnegleichen!**  
weil sie den Nährwert und Feingeschmack der besten Tafelbutter mit der Billigkeit der Margarine in sich vereinigt.  
**1/2 Pfd. nur 50 Pfg.**  
Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für Hebe kleine Kinder“.

Mengenabgabe vorbehalten

SONNABEND **4** MONTAG DIENSTAG MITTWOCH

# AUSNAHMETAGE

Besonders preiswert

in Herrenbekleidung

Besonders preiswert

- Herren-Anzüge **32<sup>00</sup>**  
dunkelrot und gestreiftes Cheviotstoff
- Herren-Anzüge **65<sup>00</sup>**  
mittlere u. braune Gabardine, Kammer- und Cheviotstoff
- Herren-Anzüge **95<sup>00</sup>**  
das Beste in Stoff und Verarbeitung, darunter neueste Modelle



- Herren-Mäntel **18<sup>00</sup>**  
aus gummiertem Stoff und Futterstoffen
- Herren-Mäntel **45<sup>00</sup>**  
aus modellarbig gestrichelten Cheviotstoffen, 1. und 2. Klasse, moderne Formen
- Herren-Mäntel **72<sup>00</sup>**  
aus erstklassigen Cheviotstoffen, Fischgräten- und Karomuster

- Herren-Schuhwaren**
- Herren-Halbschuhe **16<sup>50</sup>** braun, Boxcall, moderne Form
  - Herren-Halbschuhe **16<sup>50</sup>** schwarz, Boxcall, Orig. Good-Will
  - Herren-Fahlederstiefel **11<sup>00</sup>** kräftiger Arb-Stief.
  - Herren-Haferlschuhe **16<sup>50</sup>**
  - Ledergamaschen **10<sup>50</sup>** schwarz
  - Sport- und Tourenstiefel **11<sup>50</sup>** in grosser Auswahl

- Frühjahrs-**Ulster** **56<sup>00</sup>** moderne Kurz- und Fischgrätenmuster
- Herren-Anzug **54<sup>00</sup>** aus gestreiftem Cheviot, in mehreren Dessins
- Sport-Anzug **65<sup>00</sup>** mit langer Hose, braun, Cognac oder Gabardine

- Herren-Artikel**
- Selbstbinder **1<sup>00</sup>** schöne Dessins
  - Schillerhemden **4<sup>50</sup>** für Herren, Zephir
  - Oberhemden **6<sup>50</sup>** prima Perkal, gestreift, mit 3 Kragen
  - Oberhemden **7<sup>50</sup>** Zephir, gestreift, mit 3 Kragen
  - Herren-Hüte **10<sup>50</sup>** in vielen Farben
  - Haarhüte **4<sup>00</sup>** u. T. mit kleinen Fehlern

# HERMANN TIETZ

